

# Schweizer Sicherheitspolitik in der Praxis: Eine empirische Momentaufnahme

**Book Chapter**

**Author(s):**

Hagmann, Jonas; Wenger, Andreas; Wildi, Lisa; Davidshofer, Stephan; Tawfik, Amal

**Publication date:**

2016

**Permanent link:**

<https://doi.org/10.3929/ethz-a-010819641>

**Rights / license:**

In Copyright - Non-Commercial Use Permitted

**Originally published in:**

Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik

# SCHWEIZER SICHERHEITSPOLITIK IN DER PRAXIS: EINE EMPIRISCHE MOMENTAUFNAHME

*Von Jonas Hagmann, Andreas Wenger, Lisa Wildi,  
Stephan Davidshofer und Amal Tarwafik*

*Wie hat sich der Schweizer Sicherheitsbereich seit Ende des Kalten Krieges entwickelt? Wer arbeitet heute mit wem zu welchen Gefahren? Basierend auf einer umfassenden und einzigartigen Datenerhebung kartiert dieser Beitrag die Entwicklung des gesamtschweizerischen Sicherheitsbereichs. Die Darstellung der praktischen Arbeitsteilungen, inneren und äusseren Kooperationen, beruflichen Profile und Werdegänge schafft einen analytisch differenzierten und empirisch fundierten Beitrag zu anhaltenden Diskussionen über die landesweite sicherheitspolitische Steuerung.*

## EINLEITUNG

Zur Zeit des Kalten Krieges stellte die Schweizer Sicherheitspolitik ein von starker Kontinuität geprägtes Politikfeld dar. Wenige grundlegende Konzepte bestimmten die Sicherheitsstrategie, allen voran die Prinzipien der bewaffneten Neutralität und autonomen Landesverteidigung.<sup>1</sup> Einzelne Akteure, besonders der Bundesrat und das damalige Militärdepartement (EMD), dominierten die Sicherheitslandschaft. Die Rollen und Verantwortlichkeiten der sicherheitspolitischen Instrumente von Bund und Kantonen organisierten sich innerhalb eines aus heutiger Sicht idealtypischen staatspolitischen Orientierungsrahmens, wonach innere und äussere Sicherheit, zivile, polizeiliche und militärische Mittel, sowie staatliche und nichtstaatliche Akteure klar getrennt wurden.<sup>2</sup>

- 1 Aus Sicht des damaligen Politischen Departementes trugen darüber hinaus auch die Guten Dienste und der Einsatz der Schweiz zugunsten einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zu Sicherheit und Frieden in der Welt bei. Von einem kontinuierlichen strategischen Dialog zwischen dem Politischen Departement und dem Eidgenössischen Militärdepartement in sicherheitspolitischen Fragen konnte in der frühen Phase des Kalten Krieges jedoch nicht gesprochen werden.
- 2 Kurt R. Spillmann et al., *Schweizer Sicherheitspolitik seit 1945: Zwischen Autonomie und Kooperation* (Zürich: NZZ, 2001).

Mit Ende des Kalten Krieges weitete sich das Politikfeld im Zuge neuer Bedrohungen und Gefahrenverständnisse zunehmend aus und der traditionelle Orientierungsrahmen wurde in Frage gestellt. Allseits akzeptiert ist heute die Ansicht, wonach sich die aktuelle Schweizer Sicherheitslandschaft – die Arbeitsteilung, das institutionelle Gefüge, die beruflichen Kompetenzen und Werdegänge – markant von derjenigen des Kalten Krieges absetzt. Denn Sicherheitspolitik wird heute als eine umfassende Querschnittsaufgabe verstanden, die sich durch immer differenziertere Mittel mit der Prävention, Abwehr und Bewältigung einer Vielzahl von Bedrohungen und Gefahren auseinandersetzt. Gleichzeitig wird die Umsetzung der Sicherheitsarbeit stärker als Verbundsaufgabe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verstanden, also einer grösseren Anzahl nicht nur militärpolitisch spezialisierter Akteure.<sup>3</sup>

Doch auch wenn sich diese Charakterisierungen in ihrer Stossrichtung mit empirischen Beobachtungen decken, erhellen sie nicht detailliert, welche Gefahren mehr Aufmerksamkeit erhalten als andere, welche Akteure im Zuge der neuen Querschnittspolitik mit wem und wie intensiv kooperieren, wie staatspolitische Abgrenzungen (ob zwischen Bund und Kantonen, Schweiz und Ausland, oder Staat und Privaten) neu definiert und wie berufliche Werdegänge im Sicherheitsbereich neu ausgerichtet wurden. Wie sich der komplexe Sicherheitsbereich heute tatsächlich ausnimmt und von seinen traditionellen Grundfesten absetzt, diesen Fragen wird in diesem Kapitel nachgegangen.

Wie sich der Schweizer Sicherheitsbereich in den letzten 25 Jahren zur umfassenden und vernetzten Sicherheitspolitik entwickelt hat, ist nicht bloss von wissenschaftlichem Interesse. Der Wandel des Sicherheitsfelds stellt die involvierten Akteure auch vor schwierige und wichtige Aufgaben im Bereich Politikgestaltung und Politikumsetzung. Auf der politisch-strategischen Ebene besteht die Herausforderung darin, sich konzeptuell mehr oder weniger separat entwickelnde Bereiche wie Verteidigung, Aussenpolitik und innere Sicherheit besser zu integrieren. Kohärenz in der Politikgestaltung setzt voraus, dass äussere und innere Sicherheit, aber auch zivile und militärische Strategien aufeinander abgestimmt sind. Gleichzeitig besteht auf der operationellen

3 Andreas Wenger, «Sicherheitspolitik», in: Peter Knoepfel et al. (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik*, 5. Aufl. (Zürich: NZZ, 2014), 645–670.

Ebene die Aufgabe, eine zunehmend grössere und polyvalent einsetzbare Anzahl von Personen, Kompetenzen und Instrumenten über innerstaatliche, internationale, gesellschaftliche und professionelle Ebenen hinweg zu koordinieren. Anhand neuer Kooperationsmodelle und Koordinationsplattformen sollen diese zu effizienten und effektiven, den neuen Herausforderungen entsprechenden Sicherheitsdispositiven gebündelt werden.

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn differenzierte Kenntnisse über den ganzen Sicherheitsbereich und seine Entwicklung bestehen. Die veröffentlichten nationalen und kantonalen Strategiepapiere vermitteln solche nur begrenzt. Ihre primäre Absicht ist es, mittels einer «Ziel-Wege-Mittel»-Logik den Arbeitsbereich zu lenken. Doch in der Realität wird die Sicherheitsarbeit nicht nur von Strategiedokumenten, sondern stark

**Strategiepapiere erbringen nicht zwingend gute Übersichten über die tatsächliche Konfiguration des Sicherheitsbereichs.**

auch von bürokratischen, institutionellen und gar individuellen Dynamiken und Interessen beeinflusst.<sup>4</sup> Konkret bedeutet dies, dass Strategiepapiere wie etwa die Sicherheitspolitischen Berichte (SIPOL B) zwar als probate Zielsetzungsmittel fungieren, doch nicht zwingend gute Übersichten über die tatsächliche Konfiguration des Sicherheitsbereichs erbringen. Inwiefern sich das Schweizer Sicherheitsfeld in der Praxis von seinen traditionellen Grundfesten entwickelt hat, verbleibt in offiziellen Dokumenten eine approximative Grösse.

Für die Frage, welche Akteure und Mittel heute (vermehrt) koordiniert werden, bestehen somit nur bedingt nützliche Bemessungsgrundlagen. Anhand eines neuen praxisorientierten Forschungsansatzes will dieses Kapitel eine systematischere Darstellung der helvetischen Sicherheitslandschaft – ihrer Arbeitsteilungen, inneren und äusseren Kooperationen, beruflichen Profile und Werdegänge – erbringen. Basierend auf einer erstmaligen, auch im internationalen Vergleich einmaligen quan-

4 Siehe Christian Büger / Frank Gadinger, «The Play of International Practice», in: *International Studies Quarterly* 59, Nr. 3 (2015), 449–460; Rebecca Adler-Nissen / Vincent Pouliot, «Power in Practice: Negotiating the International Intervention in Lybia», in: *European Journal of International Relations* 20, Nr. 4 (2014), 889–911; Emanuel Adler / Vincent Pouliot, «International Practices», in: *International Theory* 3, Nr. 1 (2011), 1–36.

titativen Untersuchung des nationalen Sicherheitsbereichs ergänzt der Beitrag somit die bestehende, weitgehend konzeptuell oder historisch angeleitete Schweizer Sicherheitsforschung mit neuesten Umfrageresultaten.<sup>5</sup> Gleichzeitig erfasst er die Schweizer Sicherheitslandschaft und ihre Kooperationsformen – also die zentralen Fragen, wie sich der Sicherheitsbereich seit Ende des Kalten Krieges tatsächlich entwickelt hat und wie dies seine Steuerungsaufgaben herausfordert – erstmals praxisorientiert und aus Sicht der Mitarbeitenden von Bund und Kantonen.<sup>6</sup> Diese Kombination zweier Staatsebenen ist heute zwingend, weisen gesamtstaatlich relevante Sicherheitsfragen doch innen- wie aussenpolitische Bezüge auf und nehmen Bund wie Kantone entsprechende Sicherheitsverantwortung wahr.

Um den Sicherheitsbereich derart zu kartieren, wurden auf beiden Ebenen die in den sicherheitspolitischen Papieren referenzierten Stellen um Angaben über ihre alltägliche Arbeit, Kooperationspraktiken und beruflichen Hintergründe gebeten.<sup>7</sup> Diese drei Themenbereiche stellen grundlegende Dimensionen des Sicherheitsbereichs dar und erlauben dank knapp 600 Rückmeldungen leitender «Sicherheitsmitarbeitenden» aus der ganzen Schweiz eine umfassende Betrachtung seiner Entwicklung. In der Folge werden diese Dimensionen anhand statistischer Datenauswertungen und Netzwerkanalysen behandelt.<sup>8</sup>

- 5 Nationalfonds-Forschungsprojekt 100017\_143818/1, «Bound to Cooperate? Mapping Swiss Security in a Changing Global Landscape», unter der Leitung der Professoren Simon Hug und Andreas Wenger. Die Autoren bedanken sich für die freundliche Mitarbeit der Umfrageteilnehmenden, wie auch für die entgegengebrachte Unterstützung der Vorstehenden der verschiedenen Staatssekretariate, Ämter, Direktionen, Abteilungen und Korps.
- 6 Nebst den Bundesakteuren wurden im Forschungsprojekt auf Stufe Kantone alle Polizeikorps und Zivilschutzbehörden erfasst. Dank Zirkulation des Fragebogens an die städtischen und kommunalen Polizeikorps werden zudem auch Teile der Gemeindeebene berücksichtigt.
- 7 Die Auswahl der erfragten und in diesem Beitrag nachfolgend dargestellten Gefahren, Landesweiten und internationalen Kooperationspartner orientierte sich ebenfalls an den sicherheitspolitischen Berichten des Bundes.
- 8 Dabei werden zwecks Anonymisierung alle gemachten Angaben auf die jeweils nächste Organisationseinheit hochgerechnet und der Datenkorpus zwecks besserer Leserlichkeit schriftlich statt numerisch dargestellt. Die Wertetabellen der in diesem Beitrag visualisierten Netzwerke und ausgewählter Elemente der beruflichen Profile sind im Anhang ausgewiesen. Weitere Wertetabellen, Visualisierungen und statistische Auswertungen sind in Vorbereitung und werden auf der Projekthomepage unter «Forschung: Forschungsprojekte» veröffentlicht. Siehe *Transformation der Schweizer Sicherheitsarbeit*, [www.css.ethz.ch](http://www.css.ethz.ch).

Der erste Teil positioniert das Bedrohungsmanagement als Ausgangspunkt der alltäglichen Sicherheitsarbeit. Hier wird dargelegt, wie intensiv einzelne Akteure ihre Arbeitsleistung in der heutigen Praxis auf welche Gefahr ausrichten. Der zweite Teil richtet den Blick auf den institutionellen Verbund. Es analysiert sowohl innerschweizerische als auch internationale Kooperationsmuster über Bundes- und Kantonebenen hinweg. Der dritte Teil fokussiert auf Berufsprofile und Karriereverläufe. Es präsentiert die Kompetenzen und Werdegänge der Sicherheitsmitarbeitenden, um so den Wandel des Sicherheitsfeldes auch auf individueller Ebene nachzuzeichnen.

## 1 DIE «BEDROHUNGSARBEIT» DER SICHERHEITSAKTEURE

Sicherheitspolitische Debatten und Handlungen werden stark von Bedrohungsvorstellungen angeleitet, doch nicht alle Bereiche orientieren sich zwingend an denselben Bedrohungen. Aktuelle Schlüsselereignisse (wie «9/11», «Krim», «Nizza», usw.) beispielsweise prägen die öffentliche Wahrnehmung wie auch die Bedrohungsdebatte.<sup>9</sup> Durch Experten verdichtete Typologien von Bedrohungsszenarien hingegen leiten nationale Sicherheitsstrategien an. Ihre Bedrohungskonzepte signalisieren, was wie bedroht ist, und die Strategien definieren, wer dies wie schützen soll. Um eine bedrohungsgerechte und schlagkräftige landesweite Sicherheitspolitik zu erschaffen, versuchen nationale Sicherheitsstrategien auf das als massgebend angesehene Bedrohungsspektrum mit den Behörden und der Struktur der nationalen Sicherheitslandschaft angemessen zu reagieren.

Dieser Strukturierungsprozess funktioniert nicht automatisch, sondern hängt stark von etablierten politischen Institutionen, Mechanismen und Kulturen ab. Das schweizerische Regierungssystem ist in seinen Grundprinzipien – Machtteilung, Föderalismus, Konkordanz, Kollegialität und direkte Demokratie – auf Ausgleich, Konsens und hohe Legitimität ausgerichtet. Dies lässt bereits erahnen, dass im Fall der Schweiz keine allzu zentralisierte nationale Sicherheitslandschaft zu

9 Vgl. Tibor Szvircsev Tresch et al., *Sicherheit 2016: Aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend* (Zürich: ETH, 2016); Daniel Möckli, *Umstrittene Schweizer Sicherheitspolitik: Dokumentation der Hearings zum Bericht 2010, Zürcher Beiträge Nr. 81* (Zürich: CSS, 2010).

erwarten ist und sich wahrscheinlich divergierende Sicherheitsvorstellungen sowohl innerhalb als auch über Staatsebenen hinweg manifestieren. Die unregelmässig vorgelegten Sicherheitspolitischen Berichte des Bundesrats tragen nur begrenzt zu einer Fokussierung des Sicherheitsbereichs bei, denn die in ihnen verwendete strategische Terminologie ist oft diffus. Somit besteht in der Schweiz eine limitierte Strategiefähigkeit aufgrund eines auf Machtverteilung angelegten politischen Systems sowie der Realität eines Arbeitsfelds, in dem sich viele Akteure an unterschiedlichen Sicherheitsverständnissen orientieren können und manchmal auch wollen.

Trotzdem stellt die Bundesebene traditionell die massgebende sicherheitspolitische «Ordnungsmacht» dar.<sup>10</sup> Seit dem Berliner Mauerfall bilden die Sicherheitspolitischen Berichte des Bundesrates einen zunehmend breiten Sicherheitsbereich ab. Der «Bericht 1990» bei-

**Traditionellerweise stellt die Bundesebene die massgebende sicherheitspolitische «Ordnungsmacht» dar.**

spielsweise erweiterte das Arbeitsfeld um nicht-militärische Gefahren wie Ökologie, Migration, soziale Kohäsion oder internationalen Drogen- und Waffenhandel.<sup>11</sup> Knapp zehn Jahre später argumentierte der «Bericht 2000» für eine begrenzte vertikale und hor-

izontale Ausweitung des Feldes, indem er Sicherheitspolitik neu als Querschnittspolitik zur Bewältigung strategischen – nicht länger ausschliesslich staatlichen und primär militärischen – Gewaltpotenzials definierte und die Wichtigkeit der internationalen Sicherheitszusammenarbeit unterstrich.<sup>12</sup>

10 Zur Rangfolge der sicherheitspolitischen Ordnungsmacht in der Schweiz siehe Jonas Hagmann, «Sicherheitspolitische Konzeptionen und Projektionen nationaler Experten: Meinungs- und Anerkennungsdifferenzen als Herausforderungen des sicherheitspolitischen Gestaltungsprozesses», in: *Military Power Revue* 2, Nr. 3 (2009), 28–41. Für eine empirische Bestandsaufnahme der sicherheitspolitischen Wissensaustauschpraktiken in der Schweiz siehe Jonas Hagmann / Tibor Szvircev Tresch, «Die Schweizer Sicherheitspolitik zwischen Politik und Expertise», in: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* (2012), 39–68.

11 Bundesrat, *Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel (Bericht 90)*, 1.10.1990.

12 Bundesrat, *Sicherheit durch Kooperation (SIPOL B 2000)*, 7.6.2000; Andreas Wenger et al., «Sicherheitspolitischer Bericht: Viel Politik, wenig Strategie», in: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* (2010), 9–26.

In den darauffolgenden Jahren verstärkte sich im Zuge einer systematischen Untersuchung der inneren Sicherheit (USIS) und der Destabilisierung des Mittleren Ostens und Nordafrikas der Fokus auf sicherheitspolizeiliche Herausforderungen. Kantonale und kommunale Sicherheitsbeiträge wurden nun erwähnt, und der strategische Gewaltbegriff wird durch einen sehr viel weiteren Begriff ersetzt, der sowohl politisch als auch kriminell motivierte Gewalt umfasst.<sup>13</sup> Somit hatte sich innerhalb von zwanzig Jahren die traditionelle Konzeption der helvetischen Sicherheitsarbeit zu einem Ansatz entwickelt, der sowohl ausserordentliche und alltägliche Herausforderungen kombiniert als auch Akteure aller Ebenen und internationale Partnerschaften beansprucht. Der jüngste Sicherheitspolitische Bericht von 2016 verdichtet diese Ausrichtung, indem er die enge Vernetzung der aktuellen Bedrohungen unterstreicht.<sup>14</sup> Neu strukturieren die Bedrohungstypen auch die Darstellung der nationalen Sicherheitslandschaft, das heisst die Beiträge der sicherheitspolitischen Instrumente werden integral für jeden Bedrohungstyp diskutiert. Das konzeptuell diffuse Sicherheitsverständnis erschwert allerdings ein Verständnis über die Prioritäten und vertikale und horizontale Abgrenzung des Sicherheitsfeldes.

Wer genau mit wem an welchen Themen arbeitet, ist somit auch im neusten Bericht nur auf allgemeinen Ebenen fassbar, was eine wissenschaftliche Herangehensweise umso nützlicher erscheinen lässt. Eine durch eine Online-Umfrage erhobene und statistisch ausgewertete empirische Momentaufnahme der in der Praxis für einzelne Bedrohungstypen aufgewendeten Arbeitszeit zeichnet ein differenziertes Bild darüber, wer an welchen Bedrohungen arbeitet. Kalkuliert wurden die Resultate mit Hilfe der Rückmeldungen von fast 600 Mitarbeitenden des landesweiten Sicherheitsbereichs.<sup>15</sup> *Grafik 1* visualisiert diese Daten

13 Bundesrat, *Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2010)*, 23.6.2010; USIS, *Überprüfung des Systems der Inneren Sicherheit der Schweiz (USIS)* (Berichte I-IV, 2001–2003).

14 Bundesrat, *Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2016)*, 24.8.2016.

15 Die Eingrenzung auf leitende Mitarbeitende erfolgte aus wissenschaftlichen Machbarkeitsgründen, generierte aber auch detaillierte Angaben von im Bereich schon länger wirkenden Praktikern. Der Fokus auf Arbeitsleistung (und Kooperationspraktiken) unterstreicht, was Akteure objektiv tun. Damit setzt sich die Forschungsanlage von einer Erfassung subjektiver Empfindung und Einschätzungen von Gefahren (oder Kooperationsplattformen) ab.

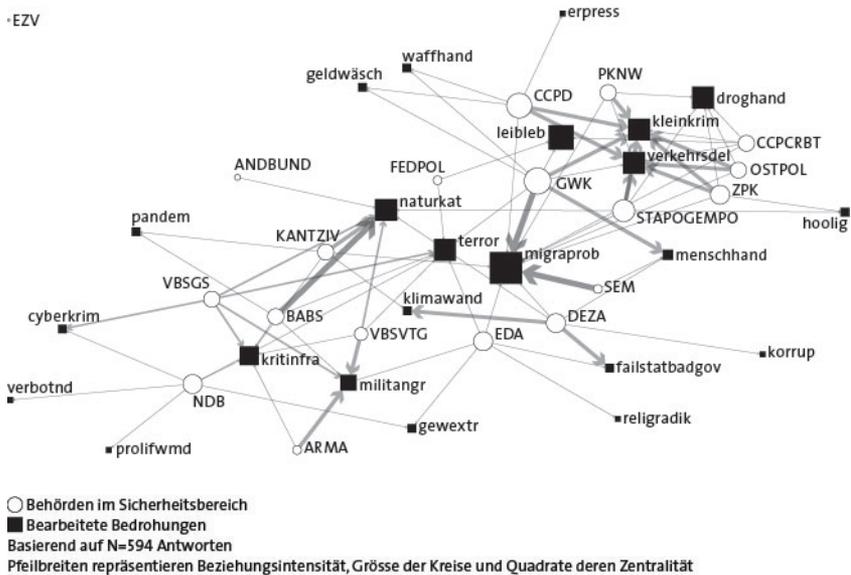
als Netzwerk von dienstleistenden Sicherheitsorganisationen einerseits und bearbeiteten Gefahren andererseits.<sup>16</sup> Auf Seite der Sicherheitsorganisationen – in der Grafik gekennzeichnet als weisse Kreise – zeigt sie auf den ersten Blick, dass heute beeindruckend viele Akteure im Bedrohungsmanagement aktiv sind und viele von ihnen mehrere Gefahren gleichzeitig bearbeiten.

Am polyvalentesten arbeiten die Akteure im Bereich des Grenzschutzes, also das Grenzwachtkorps (GWK) und die bi-nationalen Kooperationszentren für Polizei- und Grenzangelegenheiten (CCPD), gefolgt von den Stadt- und Gemeindepolizeien (STAPOGEMPO) und interkantonalen Polizeikonkordaten. Ein leicht weniger breites Gefahrenspektrum wird vom diplomatischen Teil des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), der Entwicklungshilfe (DEZA), dem Nachrichtendienst (NDB), dem Generalsekretariat des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBSGS) und dem eidgenössischen Bevölkerungsschutz (BABS) bearbeitet. Die Armee (VBSVTG) befasst sich mit noch weniger Herausforderungen und auch das Bundesamt für Rüstung Armasuisse (ARMA) zeigt ein sehr enges Arbeitsprofil auf. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) und die Bundespolizei (FEDPOL) beschäftigen sich ebenfalls mit vergleichsweise wenigen Bedrohungen. Allerdings zeigt eine statistische Auswertung, dass gerade FEDPOL bei einer Reihe von Gefahren knapp unter dem visualisierten Schwellenwert zu liegen kommt, faktisch also durchaus zu zahlreichen Bedrohungen arbeitet. Der zivile Zoll (EZV) leistet gemäss eigenen Angaben keine signifikante Bedrohungsarbeit und fällt deshalb aus der Grafik.

Auch auf Seite der bearbeiteten Gefahren – in der Grafik als schwarze Quadrate dargestellt – zeigen sich bedeutende Unterschiede. Zwar werden alle erfragten Herausforderungen von mindestens einem Sicherheitsakteur bearbeitet, es bleibt also keine Gefahr «unbeantwortet». Dennoch lassen sich grosse Differenzen mit Blick auf den Grad

16 Befragte konnten die Themen mit Werten von 0 bis 5 bewerten, wobei 0 keine Arbeitszeit (oder Kooperation), 1 wenig Arbeitszeit (oder schwache Kooperation) und 5 alle Arbeitszeit (oder sehr intensive Kooperation) bedeuteten. Um in diesem Beitrag als Beziehung visualisiert zu werden, müssen die durchschnittlichen Antworten den Schwellenwert 1 übersteigen. Erst ab diesem Wert kann von regelmässigen Arbeitsleistungen (oder Kooperationen) gesprochen werden.

**Grafik 1: Wer arbeitet wozu? Sicherheitsarbeit ausgerichtet an Bedrohungen**



der Aufmerksamkeit (gemessen an der insgesamt verwendeten Arbeitszeit) erkennen, welche die Sicherheitsorganisationen auf einzelne Bedrohungskategorien richten. Deutlich am meisten Zeit wird von Bund und Kantonen auf migrationsbedingte Herausforderungen verwendet. Darauf folgt der als ebenfalls sehr intensiv und vornehmlich von den Konkordaten (CCPCRBT, OSTPOL, PKNW, ZPK<sup>17</sup>) bearbeitete polizeiliche Aufgabenkomplex (Gewalt gegen Leib und Leben, Kleinkriminalität, Verkehrsdelikte, Drogenhandel), dann die Themenbereiche Terrorismus, Naturkatastrophen und der Schutz kritischer Infrastrukturen.<sup>18</sup> Etwas weniger, aber immer noch ein beträchtlicher Teil der Arbeitszeit

17 Als einziger grösserer Sicherheitsakteur nahm die Kantonspolizei Zürich am vorliegenden Forschungsprojekt nicht teil.

18 Diese Rangfolge resultiert auch aus der gewählten Desaggregation der Akteure. Aggregiert man die Daten auf die Kantonsebene und auf die vier massgebenden eidgenössischen Departemente (VBS, EDA, EFD, EJPD), würden polizeiliche Herausforderungen etwas an Zentralität verlieren. Aggregierte Auswertungen werden auf der Projekthomepage zu finden sein (siehe Fn. 8).

wird auf die Kategorie militärischer Angriff verwendet, allerdings primär von Bundesakteuren und – nicht überraschend – schwergewichtig von VBS und EDA. Themen wie Pandemien, Menschen- und Waffenhandel, Geldwäscherei oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ziehen aus systemischer Sicht markant weniger professionelle Aufmerksamkeit auf sich. Sie stellen spezialisierte, teilweise gar exklusive Mandate ausgewählter Akteure dar.

Aus diesen Verteilungen von Akteuren und bearbeiteten Gefahren lassen sich differenzierende Schlüsse über die Komposition der heutigen Sicherheitsarbeit ziehen. So zeigen sich unterschiedliche, teilweise jedoch nicht gänzlich überlappende Gruppierungen «praktischer Sicherheitsarbeit» – wobei nicht immer klar ist, ob diese aus strategischen Anweisungen, ministeriellen oder professionellen Logiken resultieren. So fokussiert ein Gefüge, das den erweiterten klassischen Sicherheitsbereich umfasst (v.a. Armee, NDB, Bevölkerungsschutz und Armasuisse) auf Themen wie militärische Angriffe von Staaten, Terrorismus und Gewaltextremismus durch nichtstaatliche Akteure und den Schutz kritischer Infrastrukturen. Das bedeutet implizit, dass der militärische Angriff nicht mehr im Zentrum der landesweiten Sicherheitsarbeit steht, gleichwohl aber zentrale Aufgabe der Armee geblieben ist. Gleichzeitig erweiterte sich die Arbeit des militärischen Bereichs weg von der klassischen territorialen Verteidigung und hin zu asymmetrischen Bedrohungen und dem Schutz sozio-technischer Systeme.

Eine vermehrt in der internationalen Zusammenarbeit tätige Gruppierung (um EDA und DEZA) leistet ebenfalls Beiträge zur Abwendung militärischer Angriffe, bearbeitet aber auch regionale Instabilität (Konflikte, schwache Staaten, Katastrophen, Klimawandel) sowie grenzüberschreitende Phänomene politischer Gewalt (Terrorismus, Extremismus, Radikalismus). Die dritte und mit Abstand am engsten vernetzte Gruppe schliesslich besteht im Bereich grenzüberschreitender und sicherheitspolizeilicher Bedrohungen. Sie verbindet vorwiegend kantonale und interkantonale Stellen, doch interessanterweise auch die Bundestellen im Bereich Grenze (GWK) und Polizeizusammenarbeit (FEDPOL).

Mit diesen drei Gruppierungen, die im Wesentlichen den Politikbereichen Verteidigung, Aussensicherheitspolitik und innere Sicherheit entsprechen, zeigt sich die landesweite Sicherheitsarbeit als eine äusserst vielfältige Praxis mit differenzierten Leistungsbeiträgen und Schwer-

punkten. So ist das bearbeitete Gefahrenspektrum im Gegensatz zum Kalten Krieg deutlich, wenn auch nicht uferlos erweitert, wobei viele der neuen Herausforderungen im Vergleich zu militärischen Bedrohungsszenarien alltäglicher Natur sind und – gemessen an der Möglichkeit der durch Krieg verursachten nationalen Zerstörung – über weniger physisches Schadenspotential verfügen. Gleichzeitig haben sich auch die militärischen Aufgaben weiterentwickelt. Das Gesamtsystem fokussiert überraschend stark auf transnationale, oft von nichtstaatlichen Akteuren (und somit nicht zwingend von feindlich gesinnten Staaten) angetriebene Herausforderungen.<sup>19</sup>

Am eindrucksvollsten jedoch sind die drei äusserst intensiv bearbeiteten Bedrohungen, welche alle drei umschriebenen Gruppierungen miteinander verbinden. Tatsächlich zeigt die Verortung der praktischen Sicherheitsarbeit, dass migrationsbedingte Probleme, Terrorismus und Naturkatastrophen die verschiedenen Sicherheitsbereiche faktisch integrieren. Damit bilden heute die Herausforderungen der globalisierten Mobilität den Dreh- und Angelpunkt der tagtäglichen Sicherheitsarbeit, ganz im Unterschied zur territorialen Verteidigung als Leitmotiv des Kalten Krieges. Diese neuen zentralen Herausforderungen bringen eine Vermischung von föderalen und kantonalen Ansätzen mit sich, da sie von kantonalen wie eidgenössischen Akteuren bearbeitet werden. Sie vereinen das sicherheitspolitische Arbeitsfeld, indem sie die nationalen politisch-strategischen Bedrohungen mit den grenzüberschreitenden sicherheitspolizeilichen Bedrohungen und mit den regionalen Konflikten an der europäischen Peripherie vernetzen.

## 2. PRAKTIKEN DER KOOPERATION

Die alltägliche Sicherheitsarbeit geht mit einer differenzierten institutionellen Gruppierung einher. Teilweise fokussieren die Akteure auf unterschiedliche Herausforderungen, teilweise «bekämpfen» sie Bedrohungen gemeinsam. Doch bedeutet dies, dass Sicherheitsorganisationen sich in ihren Tätigkeiten untereinander absprechen? Die institutionellen Kooperationspraktiken decken sich in der Praxis nicht immer mit den oben

19 Vgl. auch Jonas Hagmann, «Beyond Exceptionalism? New Security Conceptions in Contemporary Switzerland», in: *Contemporary Security Policy* 31, Nr. 2 (2010), 249–72.

dargestellten Arbeitseinsätzen. Ob diese Situation als Reaktion auf das sich wandelnde internationale Umfeld, auf organisationsinterne oder andere Belange zu deuten ist, ist schwierig abzuwägen und bleibt eine offene Frage. Klar ist jedoch, dass der Bund seit jeher versucht, der Bedrohungslage entsprechend koordinative Plattformen zu erschaffen.

Diese Verschiebung hin zur koordinierten Sicherheit erfolgte seit den 1990er-Jahren. Zur Zeit des Kalten Krieges war die strategische Führung auf Stufe Bund noch primär auf militärische Krisenszenarien ausgerichtet und entsprechend eng im Bundesrat und dem damaligen EMD verankert. Im Jahre 1994 wurde dieser strategische Führungsapparat umgebaut. Auf nationaler Ebene zielte die Schaffung eines Sicherheitsausschusses des Bundesrats (1994), einer Lenkungsgruppe als

**Der Bund ist seit jeher versucht, der Bedrohungslage entsprechend koordinative Plattformen zu erschaffen.**

oberstes Stabsorgan sowie eines Nachrichtenkoordinators (1999) auf eine breitere Verankerung der Führung im EDA, EJPD (Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement) und

VBS sowie auf höhere Steuerungsfähigkeit hinsichtlich Früherkennung, Krisenreaktion und Vorsorgeplanung.<sup>20</sup> International übernahm die Schweiz punktuelle Führungsaufgaben (darunter die Vorsitzjahre der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), 1996 und 2014) oder beteiligte sich fortwährend an internationalen Regierungsorganisationen und Kooperationsplattformen, allen voran der Partnerschaft für den Frieden (seit 1996), den Vereinten Nationen (seit 2002), Europol (seit 2006) und Schengen/Dublin (seit 2008).<sup>21</sup>

Im Kontext des Sicherheitspolitischen Berichts 2010 regelte der Bundesrat das strategische Führungssystem bereits wieder neu. Die Zusammensetzung des Sicherheitsausschusses wurde neu festgelegt, die Lenkungsgruppe durch die Kerngruppe Sicherheit ersetzt und die Position des Nachrichtenkoordinators wieder abgeschafft. Neu geschaffen wurde dagegen der Konsultations- und Koordinationsmechanismus des

20 Wenger, *Sicherheitspolitik*, 645–670.

21 Des Weiteren arbeitet die Schweiz seit der Gründung von Interpol (1923) und OSZE (1995) respektive KSZE (1975) mit diesen internationalen Sicherheitsorganisationen zusammen.

Sicherheitsverbundes Schweiz (KKM SVS), mit dem Ziel, eine rasche Entscheidungsfindung zwischen Bund und Kantonen sicherzustellen. Die Inland- und Auslandsnachrichtendienste wurden zum NDB zusammengelegt, dem VBS angegliedert und zu einem Bundesamt aufgewertet.<sup>22</sup> Die Kantone ihrerseits verstärkten in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Zusammenarbeit graduell durch die Erneuerung bestehender (CCPCRBT, OSTPOL) und Schaffung neuer (PKNW, ZPK) Polizeikonkordate. Daneben nutzen die kantonalen Polizeikommandanten, kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und städtischen Sicherheitsdirektoren ihre eigenen funktionalen Koordinationsplattformen (wie KKPCKS, KKJPD, KSSD<sup>23</sup>) zunehmend rege und über Staatsebenen hinweg.

Wie dieser historische Abriss zeigt, bleibt das Thema Staatslenkung im Sicherheitsbereich weiterhin aktuell. Beklagen die Kantone die Abwesenheit einer permanenten Anlaufstelle auf Stufe Bund, so hat der Bundesrat auch im Sicherheitspolitischen Bericht 2016 der Schaffung eines permanenten Krisenstabs eine Abfuhr erteilt.<sup>24</sup> Auch die Erarbeitung eines Notfallkonzepts von Bund und Kantonen für die Bewältigung einer allfälligen Flüchtlingskrise illustriert die Schwierigkeiten der inneren Kooperation im Kontext des föderalistisch organisierten und historisch gewachsenen schweizerischen Sicherheitsverbunds.<sup>25</sup> In welche Richtung sich die innere und die internationale Zusammenarbeit entwickeln, ist derzeit wenig klar. In dieser Situation kann eine direkte Datenerhebung bei Mitarbeitenden des Sicherheitsbereichs über ihre tatsächlichen Kooperationspraktiken ein transparenteres Bild zeichnen, als die Berichte der unterschiedlichen Staatsebenen es ermöglichen.

Die Resultate der Befragung verweisen auf differenzierte und vielfältige Kooperationspraktiken. Innerhalb der Landesgrenzen zeigt sich als erstes, dass zahlreiche Kooperationen innerhalb der Departemente statt-

22 VBS, *Die zivilen Nachrichtendienste werden in einem neuen Bundesamt zusammengeführt*, 25.3.2009, [www.admin.ch](http://www.admin.ch).

23 Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten, Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren.

24 Bundesrat, *SIPOL B 16*, 81.

25 EJPD, *Bund, Kantone, Städte und Gemeinden legen Eckwerte der Notfallplanung Asyl fest*, 14.4.2016, [www.admin.ch](http://www.admin.ch).

finden. Die erhobenen Daten auf dieser Stufe zeigen, dass gut die Hälfte der von Mitarbeitenden des VBS, EFD (Eidgenössisches Finanzdepartement), EJPD und EDA unterhaltenen Kooperationen innerhalb ihrer jeweils eigenen Ministerien stattfinden. Im VBS, welchem neben dem Bereich Verteidigung auch der NDB, die Armasuisse (ARMA), das BABS und die für die sicherheitspolitische Steuerung zentrale Abteilung Sicherheitspolitik (VBSGS) angehört, ist dieser Trend zur inneren Kooperation besonders ausgeprägt.

Die zweite Hälfte der Sicherheitskooperationen beinhaltet Partner in anderen Departementen oder auf der Kantonsebene. Die für die Sicherheitsarbeit relevanten vier eidgenössischen Departemente kooperieren regelmässig miteinander, womit sich die Sicherheitsarbeit auf Stufe Bund heute von der traditionellen Verankerung im ehemaligen Militärdepartement absetzt. Interessanterweise arbeitet auch jedes Departement zu ähnlichen Teilen mit den anderen drei Departementen und der Kantonsebene zusammen (je ein Viertel der departementsübergreifenden Beziehungen). Damit orientieren sich die eidgenössischen Departemente insgesamt zwar stark an der Bundesebene. Unter ihnen bestehen jedoch keine kleineren, selektiven «Kooperationsclubs».

Differenzierter wird das Bild der landesweiten Zusammenarbeit auf Stufe der einzelnen Ämter, Sekretariate und Polizeikonkordate. *Grafik 2* skizziert dieses Bild, wobei die schwarzen Quadrate die Kooperationspartner der als weisse Kreise dargestellten Dienststellen repräsentieren. Auf Seite der kooperierenden Behörden (weisse Kreise) zeigt die Grafik nicht bloss eine beeindruckende Anzahl aktiver Organisationen – was die zunehmende Komplexität des Sicherheitsfeldes unterstreicht. Sie vermerkt auch eine Vielzahl multipler Kooperationspraktiken. Das will heissen, dass sich in der innerschweizerischen Sicherheitsarbeit viele Akteure mit vielen anderen vernetzen, allen voran das VBS-Generalsekretariat, der NDB, das BABS und das EDA. Der Bereich Verteidigung (VBSVTG), das Staatssekretariat für Migration (SEM), die Grenzschutz und der kantonale Zivilschutz sind leicht weniger breit vernetzt. Noch eine Stufe darunter rangieren FEDPOL, die Polizeikonkordate und der zivile Zoll. Die nicht namentlich ausdifferenzierten weiteren Bundesstellen (ANDBUND) sind am wenigsten stark in das Sicherheitsfeld integriert und zeigen damit auch dessen institutionelle Grenze auf.



erfasst die Rolle des Privatsektors im Allgemeinen, der breit definiert wurde und von privaten Sicherheitsdiensten über Betreiber kritischer Infrastrukturen bis hin zu Zulieferern und Wartungsdiensten reicht. Dies bestätigt die gängige Charakterisierung der Sicherheitsarbeit als Verbundsaufgabe von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Die wissenschaftliche Auswertung des Sicherheitsfeldes qualifiziert aber gleichzeitig dessen beschränkte Relevanz. Gemessen an allen Kooperationen innerhalb des Gesamtsystems richten sich nicht mehr als ein Zehntel aller Beziehungen an Private. Dies ist ein bescheidener Wert, welcher die tatsächliche Wichtigkeit der Privaten für die Verbundsaufgabe Sicherheit ziemlich unmissverständlich verortet.

Die in *Grafik 2* dargestellte landesweite Sicherheitskooperation bietet weitere interessante Einsichten. Werden nämlich die Angaben der kooperierenden Akteure (weisse Kreise) mit denjenigen ihrer Partner verglichen, so treten Wertediskrepanzen zutage. Die Verteidigung und das SEM beispielsweise kooperieren ähnlich oft mit anderen, wie sie von anderen als Partner gesucht werden (ihre Werte als weisse Kreise ähneln denjenigen der gleichnamigen schwarzen Quadrate). Doch das VBS-Generalsekretariat, der NDB und das BABS werden nicht annähernd so oft von anderen Stellen als Partner genannt als sie gemäss Eigenangabe selber mit anderen kooperieren. FEDPOL wiederum stellt ein markantes Gegenbeispiel dar. Die Bundespolizei unterhält gemäss Eigenangaben relativ wenige Kooperationen mit anderen Stellen, ist jedoch der meistgesuchte Partner des (öffentlichen) Gesamtsystems. Wird die Fokussierung des Gesamtsystems auf grenzüberschreitende Herausforderungen in Erinnerung gerufen – die im ersten Teil dargestellte Verteilung der tatsächlich geleisteten Bedrohungsarbeit – fällt zudem auf, dass die Grenzschutz für die Bearbeitung der aktuellen Gefahren zwar ein äusserst zentrales Arbeitsmandat einnimmt und mit einem halben Dutzend anderen Dienststellen zusammenarbeitet, doch überraschend selten von anderen Organisationen als Partner genannt wird.

Diese Diskrepanzen werfen Folgefragen auf, die erste erklärende Hypothesen zulassen. So scheint grundsätzlich zu gelten, dass Akteure mit vermehrt politikformulierenden Mandaten sich stärker als kooperierende Akteure positionieren oder verstehen. Wer andere Einheiten zu koordinieren versucht, sieht sich selber als in vielen Partnerschaften

engagierter kooperativer Akteur. Gleichzeitig werden verstärkt diejenigen Dienststellen als Kooperationspartner gesucht, deren Mandate eher im operationellen Bereich liegen. Diese wiederum sehen als Dienstleister ihre Dienstnehmer nicht zwingend als Partner. Wer Auskunft gibt und im operationellen Bereich Dienste leistet, sieht anfragende Sicherheitsorganisationen nicht unbedingt als Kooperationspartner, auch wenn dies umgekehrt der Fall ist. Weniger funktional orientierte und mehr historische oder organisationssoziologische Hypothesen wiederum sehen die umschriebenen Asymmetrien als Ausdruck gewachsener Rollenverteilungen oder gar aktueller Positionsbehauptung. Die empirische Beobachtung zum Beispiel, wonach das VBS-Generalsekretariat, das EDA und der NDB zentrale koordinierende Rollen einnehmen, institutionelle «Neuankömmlinge» wie das GWK jedoch erst begrenzt in die landesweiten Netzwerke eingebunden sind, könnte auch anhand einer seit Jahrzehnten gewachsenen, in Regulierungen verankerten und durch Ressourcenzuteilung und beruflichen Habitus verstetigte Kompetenz- und Rollenverteilungen innerhalb des Arbeitsfeldes erklärt werden.

Auf internationaler Ebene sind die Kooperationsmuster sektorieller und – von einigen prägnanten Ausnahmen abgesehen – auch schwächer ausgeprägt. *Grafik 3* zeigt die internationalen Verbindungen zwischen den als weisse Kreise dargestellten kooperierenden Schweizer Dienststellen und den als schwarze Quadrate visualisierten ausländischen Partnerorganisationen. Diese Beziehungen, das zeigt das quantitativ ausgewertete Datenmaterial, sind ziemlich vielfältig und weit von isolationistischen Umschreibungen der Eidgenossenschaft entfernt, unterhält doch eine hohe Anzahl Schweizer Dienststellen grenzübergreifende Beziehungen. Das FEDPOL, das VBS-Generalsekretariat und das EDA sind am zahlreichsten mit ausländischen Akteuren vernetzt, gefolgt von der Verteidigung und dem GWK. Viele weitere Schweizer Akteure sind mit einer oder zwei internationalen Partnerorganisation(en) signifikant vernetzt. Die Beziehungen zwischen dem Schweizer NDB und ausländischen Nachrichtendiensten (ND) liegt nahe am Maximalwert und ist somit

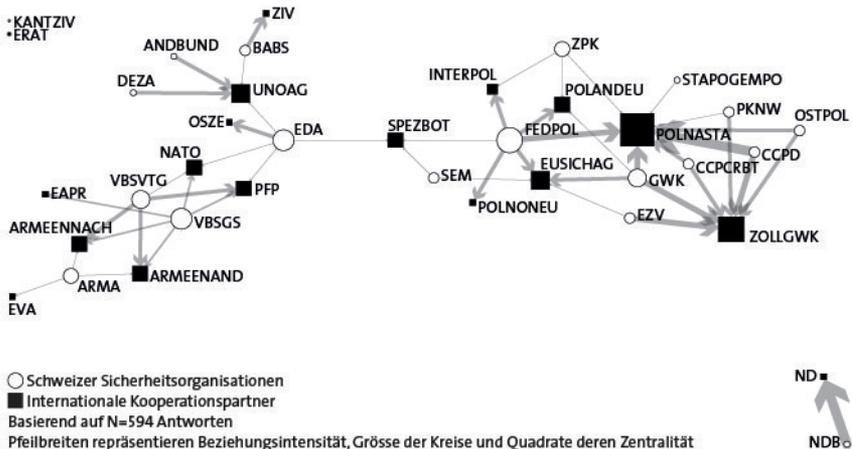
**Die Beziehungen zu ausländischen Partnern sind weit von isolationistischen Umschreibungen der Eidgenossenschaft entfernt.**

ausgesprochen intensiv.<sup>26</sup> Auch die Kooperation zwischen CCPD, GWK und EZV mit ausländischen Partnern ist überdurchschnittlich eng. Der kantonale Zivilschutz (KANTZIV) unterhält keine signifikanten internationalen Beziehungen und fällt deshalb aus dem Netzwerk.

Die am häufigsten anvisierten internationalen Partnerorganisationen sind aus Sicht des gesamten Sicherheitsbereichs klar die Polizei-, Grenzschutz- und Zollstellen der Nachbarländer (POLNASTA, ZOLLGWK). Danach folgen die Europäischen Sicherheitsagenturen Frontex und Europol (EUSICHAG), die spezialisierten UNO-Agenturen (UNOAG) und Sicherheitsspezialisten ausländischer Botschaften in der Schweiz (SPEZBOT) sowie – alle gleichauf – die Polizeistellen anderer europäischer Staaten (POLANDEU), die Armeen von Nachbar- und Nichtnachbarstaaten (ARMEENNACH, ARMEENAND), die Nato und die Partnerschaft für den Frieden (PfP). Interessanterweise stellt der Europarat (ERAT) aus sicherheitspolitischer Perspektive keine signifikante Partnerorganisation dar, zumindest nicht für den Exekutivbereich der Sicherheitslandschaft. Die Beziehungen zwischen dem NDB und ausländischen Nachrichtendiensten stellen ein exklusives Netzwerk dar.

Damit fördert die analytische Aufschlüsselung der grenzübergreifenden Partnerschaften Kooperationspraktiken mit differierenden Bezugsrahmen zutage. Auf der linken Seite der Darstellung befinden sich konstant, doch mässig intensiv unterhaltene, weitgehend bilateral organisierte «militärpolitische» Netzwerke. Diese spiegeln aus Sicht des Gesamtsystems die am stärksten ausgeprägte departementale Logik, werden sie doch weitgehend – wenn auch nicht ausschliesslich – vom VBS unterhalten. Mittig platziert ist die Diplomatie. Die Netzwerke der Aussenpolitik im eigentlichen Sinne sind vermehrt multilateral und in Richtung OSZE und UNO orientiert. Gemäss der klassischen Rolle der Diplomatie als konfliktverhütendes Mittel überlappen sie zwar nach wie vor mit den militärpolitischen Beziehungen. Im Gegensatz zu dieser traditionellen Ausrichtung binden sie heute jedoch auch weitere international operierende sicherheitsrelevante Politikfelder wie die Entwicklungshilfe,

26 Dies zumindest auf Stufe Direktion. Aus Zugriffsgründen beschränkte sich die Datenerhebung beim NDB auf Mitglieder dieses Gremiums. Ihre Angaben könnten die Intensität der internationalen Kooperationspraktiken des NDB überzeichnen.

**Grafik 3: Wer kooperiert mit wem? Die grenzüberschreitende Sicherheitskooperation**

den Zivilschutz, oder – via ANDBUND – auch das Gesundheitswesen mit ein. Damit sind diese Netzwerke etwas interdepartementaler als die militärpolitischen.

In der Grafik rechts schliesslich befinden sich die mit Abstand dichtesten und (mit Ausnahme des Nachrichtendienstes) am intensivsten genutzten internationalen Netzwerke im Bereich der inneren Sicherheit. Auf Schweizer Seite bestehen diese mit einer eindrucksvollen Durchmischung von Sicherheitsorganisationen über alle Staatsebenen hinweg. Innere Sicherheit wird sowohl von Bundes- und Kantonsstellen als auch Städten und Gemeinden über zahlreiche und ausgeprägte grenzüberschreitende Kooperationen geschaffen. Auf Bundesebene integrieren diese Netzwerke EJPD und EFD sowie – über die Spezialisten ausländischer Botschaften in der Schweiz – das EDA. Diese Beobachtung unterstreicht die im ersten Teil umschriebene Fokussierung der Praxis auf Themen der globalisierten Mobilität. Gleichzeitig zeigt sie, dass die äussere Dimension der inneren Sicherheit entgegen etwaiger Erwartungen oder klassischer Staatslehre nicht oder kaum durch das Aussenministerium gebündelt wird. Zudem bestehen keine arbeitspraktischen Überlappungen zwischen den Netzwerken der inneren Sicherheit und denjenigen der Militärpolitik.

Diese differenzierten (Nicht-)Überlappungen bilden Gegenstand weiterer Untersuchungen. Eine Arbeitshypothese könnte diejenige sein, dass die praktischen Aussenbeziehungen der unterschiedlichen Sicherheitsbereiche sowohl von unterschiedlichen Mandaten und politischen Rahmenbedingungen als auch ungleich verfassten internationalen Akteurslandschaften abhängen. Denn während sich die Militärpolitik verstärkt an bilateralen Ansätzen und Beziehungen auf höchster Staatsebene orientiert, organisiert die Diplomatie ein erweitertes funktionales Aufgabenfeld – von Handel bis zu Menschenrechten, Gesundheit und Ökologie – und ist entsprechend stärker bei multilateralen Organisationen aktiv. Die Polizei- und Grenzarbeit deckt mittlerweile ein enorm weites Spektrum ab und findet viele internationale Partnerorganisationen. Ob Gemeindeebene, grenzkantonale Einsätze, die Nutzung integrierter europäischer Informationssysteme, Arbeit auf Schweizer Botschaften im Ausland oder Mithilfe bei der globalen Strafverfolgung – alle Staatsebenen kooperieren hier grenzübergreifend und mit unterschiedlichsten ausländischen Partnern.

### 3. PROFESSIONELLE PROFILE UND KARRIEREVERLÄUFE

Mit der Analyse der Bedrohungsarbeit und dem sich wandelnden institutionellen Gefüge wäre bei einer herkömmlichen Untersuchung einer Analyse des Sicherheitsbereichs genüge getan. Ein praxisorientierter Ansatz zur Sicherheitsforschung stellt jedoch nicht nur die Sicherheitsarbeit und das institutionelle Gefüge als Bemessungsgrundlage in den Vordergrund. Er interessiert sich auch für den Wandel der Sicherheitsarbeit auf der Ebene der Individuen, den Mitarbeitenden des Sicherheitsbereichs. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht wird die Sicherheitsarbeit nicht bloss durch Gefahren und Institutionen definiert. Sie leitet sich auch stark von den Beiträgen der einzelnen Praktiker ab. Um den Wandel des Schweizer Sicherheitsbereichs ganzheitlich zu verstehen, stellen die beruflichen Qualifikationen und persönlichen Werdegänge dieser Einzelpersonen deshalb eine weitere wichtige Analyseebene dar.

Diese individuelle Komponente ist kein alleinerklärender Grund für die Entwicklung des Sicherheitsfeldes, sondern steht mit ihm in gegenseitiger Abhängigkeit. Einerseits wirken sich Gefahrenkonzepte und institutionelle Änderungen auf die Anforderungsprofile der Mitarbei-

tenden und ihrer Karriereverläufe aus. Für die heutige vernetzte Sicherheitsarbeit und die teilweise komplexen und vielfältigen Aufgaben sind unterschiedliche Fähigkeiten und Kenntnisse gefragt. Andererseits wirkt aber auch das individuelle Wissen und Können einzelner Praktiker auf Entscheidungsfindungen und Veränderungen in den Institutionen ein. Die Profile und Laufbahnentscheidungen der einzelnen Mitarbeitenden haben in ihrer Summe einen Einfluss auf die Gestaltung und Entwicklung des Politik- und Arbeitsfeldes Sicherheit. Die Möglichkeiten, sich Kompetenzen anzueignen und gewinnbringend in den Arbeitsbereich einzubringen, ändern sich allerdings mit der Zeit, wie auch die professionellen Leitsätze und nationalen wie internationalen Rahmenbedingungen.

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich diese Bedingungen tatsächlich stark gewandelt. Heute werden Sicherheitspraktiker länger ausgebildet und absolvieren nach der Grundausbildung Weiterbildungskurse zur Spezialisierung.<sup>27</sup> Teilweise wurden die Profile für Sicherheitsakteure stärker akademisch ausgerichtet und die Selektionskriterien verschärft. Internationale Erfahrungen, ob in höheren Lehrgängen oder im Einsatz auf Botschaften, bei internationalen Organisationen oder im Rahmen temporärer Missionen, sind heute möglich und mancherorts zu einem Einstellungskriterium geworden. In gewissen Sicherheitsberufen werden auch hohe technologische und sprachliche Kompetenzen erwartet, gleichzeitig verlieren klassische Leistungsausweise wie zum Beispiel militärische Führungsqualitäten ausserhalb der Verteidigung an Bedeutung. Frauen sind in Sicherheitsberufen heute zahlreicher, jedoch noch immer untervertreten. Die Lohn- und Anreizstrukturen der verschiedenen Dienststellen, ihre Mandate und internen Hierarchien entwickeln sich über die Zeit und machen Laufbahnwechsel mehr oder weniger attraktiv.

Im Sicherheitsbereich sind diese Faktoren heute kaum erfasst. Bekannt ist, dass der Sicherheitsbereich traditionell stark von Männern geprägt ist.<sup>28</sup> Dies nicht zuletzt auch, weil militärische Grade lange ausschlaggebend waren, Frauen jedoch keinen obligatorischen bewaff-

27 Vgl. den Beitrag «Vom Landjäger zum modernen Ordnungshüter» von Lisa Wildi und Jonas Hagmann in diesem Bulletin.

28 Hagmann, *Sicherheitspolitische Konzeptionen*.

neten Dienst leisteten. Wissenschaftlich abgestützt ist zudem die Einsicht, dass innerhalb der Bundesverwaltung eher wenige Bestrebungen bestehen, die Stelle zu wechseln.<sup>29</sup> Weitere Qualifikationen stellen jedoch nicht systematisch erfasste Aussagen dar. Dass beispielsweise die Kluft zwischen Kantonen und Bund schwierig zu überschreiten ist, ist eine Aussage, die oft wiederholt wird, doch im Sicherheitsbereich auf keiner vertrauenswürdigen Datensammlung beruht. Es bestehen gleichwohl gegensätzliche Angaben, ob internationale Erfahrungen tatsächlich einer Karriere dienlich sind.

Wie differenzieren sich die Sicherheitspraktiker anhand ihrer Profile? Wie entwickeln sich ihre beruflichen Werdegänge? Eine erste Datenauswertung weist fünf idealtypische – und somit nicht zwingend für alle Einzelfälle gültige – Berufsprofile aus und gibt differenzierte Auskunft über die berufliche Mobilität der Sicherheitsmitarbeitenden (siehe *Illustration 1* für eine qualitative Umschreibung dieser Gruppierungen, welche ihrerseits aus einer statistischen Analyse des Datenmaterials hervorgehen). Dabei konvergiert eine erste Gruppe im Bereich der kantonalen und kommunalen Polizeiarbeit. Die in diesem Bereich tätigen Sicherheitspraktiker sind zumeist Männer und haben grossmehrheitlich eine obligatorische Ausbildung, Lehre oder Maturität abgeschlossen. Ein Viertel verfügt über eine höhere Berufsbildung, universitäre Abschlüsse und Schulungen im Ausland sind selten.<sup>30</sup> Militärische Erfahrungen auf den Stufen Soldat, Unteroffizier und Subalternoffizier sind sehr weit verbreitet. Der berufliche Werdegang ist weitestgehend derselben Institution gewidmet. Nach einer Lehre oder ersten Stelle im Privatsektor oder der lokalen öffentlichen Verwaltung bleiben die hier umschriebenen Praktiker fortwährend im kantonalen Polizeibereich. Es besteht eine marginale Mobilität zur Bundesebene, hauptsächlich zu FEDPOL.

Die zweite Gruppe definiert den erweiterten klassischen Sicherheitsbereich, also das VBS im erweiterten Sinne. Dabei ergeben sich auf Seite der Profile zwei wiederum stark von Männern dominierte Sub-

29 Siehe «Commitment, längerfristige Bindung», in: Eidgenössisches Personalamt, *Reporting Personalmanagement 2015*, [www.news.admin.ch](http://www.news.admin.ch).

30 Diese Werte sind zum Teil auf die späte eidgenössische Anerkennung des Polizeiabschlusses zurückzuführen. Die Berufsprüfung der Polizei wurde erst 2003 als Teil der höheren Berufsbildung anerkannt.

**Illustration 1: Idealtypische Gruppierungen beruflicher Profile und Werdegänge**

<b>Gruppe</b>	<b>Berufliche Profile</b>	<b>Karriereverlauf</b>
Polizeiarbeit	Obligatorische Ausbildung, Lehre oder Maturität, Soldaten, Unteroffiziere und Subalternoffiziere. Wenige Frauen, kaum universitäre Abschlüsse oder internationale Erfahrungen.	Karriere innerhalb desselben Arbeitsbereichs, seltene Wechsel zu FEDPOL.
Erweiterter klassischer Sicherheitsbereich	Entweder hohe Militärgrade und internationale Lehrgänge oder vielfältige hohe akademische Ausbildung. Kaum oder gar keine Frauen.	Rekrutierung von anderswo oder stark intern, dann hohe Laufbahnstabilität innerhalb des VBS.
Diplomatie	Vielfältige internationale Berufserfahrung, sozial- und humanwissenschaftliche Ausbildung, geschlechterdurchmischtes Arbeitsfeld. Kaum militärische Erfahrung.	Breiter Rekrutierungspool bei NGOs und IOs. Austritte zu thematisch diversen öffentlichen Stellen, allesamt auf Bundesstufe.
«Schengen/Dublin»	Universitär ausgebildet, Rechts- und Sozialwissenschaften, weite Berufserfahrungen in anderen Schweizer Arbeitsfeldern, gewisse Vermischung der Geschlechter.	Starke externe Rekrutierung von Privatsektor, Korps und Kantonen. Infolge Reorganisation signifikante Austritte zum erweiterten klassischen Sicherheitsbereich.
Grenzwesen	Äusserst homogen, höhere Berufsbildung im Sicherheitswesen, Soldat oder Unteroffizier. Kaum universitäre Abschlüsse oder Arbeitserfahrungen anderswo.	Ausserordentlich hohe Laufbahnstabilität innerhalb des Arbeitsbereichs, wenige Wechsel zu kantonalen Polizeikorps.

typen. Eine erste Untergruppe ist durch hohe militärische Grade, akademische Ausbildung (vornehmlich im technischen Bereich) und einer rein VBS-internen Laufbahn definiert. Die zweite Untergruppe zeichnet sich durch hohe berufliche Mobilität und eine relative grosse Vielfalt von Berufsprofilen aus. Diese Personen verfügen über hohe universitäre und internationale Abschlüsse mit einer sozialwissenschaftlichen (eher VBSGS) oder naturwissenschaftlich-technischen (eher BABS, Armatsuisse) Orientierung. Ihre Karriere haben sie ausserhalb des VBS im Privatsektor, der Forschung oder in internationalen Organisationen begonnen. Interessanterweise verfügen sie entweder über einen ausgeprägten oder aber über gar keinen militärischen Hintergrund. Neben diesen Unterschieden definieren sich beide Untergruppen schliesslich gemeinsam dadurch, dass ihre Laufbahnen keine Stellen im kantonalen Poli-

zeiweisen und kaum Positionen beim EJPD beinhalten, wie auch über den Umstand, dass sie den VBS-Bereich kaum mehr verlassen.

Im diplomatischen Arbeitsbereich zeichnen sich die Praktiker durch frühere Stellen in der Forschung, bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder internationalen Organisationen (IOs) aus. Militärische Erfahrungen sind selten, universitäre Abschlüsse in den sozial- und humanwissenschaftlichen dagegen zahlreich. Die signifikant mehr weiblichen (und auch leicht jüngeren)<sup>31</sup>

**Insbesondere in der Diplomatie und im Bereich «Schengen/Dublin» nehmen heute vermehrt Frauen leitende Funktionen ein.**

Mitarbeitenden des diplomatischen, konsularischen und entwicklungspolitischen Bereiches rekrutieren sich zudem stark von anderen Bundesstellen. Tatsächlich weist diese dritte Gruppierung

über das Gesamtsystem berechnet die höchste Anzahl an Eintritten aus dem zivilen Bereich aus. Abgänger aus dem diplomatischen Arbeitsbereich bleiben grossmehrheitlich beim Bund und verteilen sich dort auf viele Organisationen. Sie wechseln zumeist zum EJPD, doch auch (gleichermaßen) zum VBS, dem EFD und anderen Bundesstellen.

Die vierte Gruppierung konvergiert um den integrierten Bereich des Migrationswesens und der internationalen Polizeikooperation. Dieser Arbeitsbereich wird hier mangels besserer Begriffe als «Schengen/Dublin» benannt. Seine Mitarbeitenden umfassen im Vergleich zu anderen Bereichen signifikant mehr Frauen (insbesondere im Teilbereich Migrationswesen). Sie sind oft universitär ausgebildet, mit starkem Einschlag der Rechts- und Sozialwissenschaften. Die Mitglieder der «Schengen/Dublin»-Gruppe haben vor Eintritt in den Arbeitsbereich in einer Vielzahl unterschiedlicher Berufe gearbeitet – nur ein Siebtel war nie ausserhalb von FEDPOL oder SEM tätig. Die meisten vorherigen Stellen lagen im Privatsektor, bei Polizeikörpers sowie bei kantonalen und kommunalen Behörden. Wenige Personen arbeiteten zuvor in der Forschung, bei NGOs oder internationalen Organisationen, im VBS oder EDA. Knapp zwei Drittel der Gruppe «Schengen/Dublin» verbleiben im selben Arbeitsbereich. Die übrigen wechseln grossmehrheitlich zum

31 Der Begriff «jünger» ist relativ. Das Durchschnittsalter aller befragten Sicherheitspraktiker liegt bei 50 Jahren, derjenige des diplomatischen Bereichs bei 47 Jahren.

VBS – allenthalben eine singuläre Beobachtung, welche durch die Zusammenlegung der vormals getrennten inneren (DAP) und äusseren (SND) Nachrichtendienste im VBS begründet ist. Zum EDA oder der Grenzschutz wird faktisch nie gewechselt.

Die fünfte Gruppierung schliesslich zentriert sich auf das Grenzwesen. Die beruflichen Profile dieser Praktiker sind ausgesprochen homogen. Sie umfassen normalerweise eine höhere Berufsbildung im Sicherheitswesen wie auch militärische Erfahrungen auf den Stufen Soldat und Unteroffizier. Im Vergleich zu übrigen Mitarbeitern des Schweizer Sicherheitsbereichs verfügen Praktiker des Grenzwesens selten über universitäre Abschlüsse. Sie haben kaum internationale Ausbildungsgänge durchlaufen oder Stellen bei anderen öffentlichen Behörden, ob Bund oder Kantone, bekleidet. Analog dem kantonalen Polizeiwesen stammen auch im Grenzwesen die mit Abstand meisten Eintritte aus dem Privatsektor, was auf die Notwendigkeit einer Lehre verweist. Nahezu alle befragten Grenzarbeiter haben ihre gesamte Laufbahn innerhalb ihres jetzigen Arbeitsbereichs absolviert, mehr noch als es bei den ebenfalls äusserst diensttreuen Gruppierungen im Polizei- und dem erweiterten klassischen Sicherheitsbereich der Fall ist. Die wenigen Praktiker, welche das Grenzwesen verlassen, ziehen fast ausschliesslich zu kantonalen Polizeikorps.

Mit diesen Profilen und Werdegängen stellt der Sicherheitsbereich heute ein zunehmend ausdifferenziertes Arbeitsfeld dar. Männer stellen nach wie vor klar das Gros der Mitarbeitenden, doch nehmen insbesondere in der Diplomatie und im Bereich «Schengen/Dublin» heute vermehrt Frauen leitende Funktionen ein. Militärische Erfahrungen sind noch immer wichtig, doch ihre Verteilung ist zunehmend divers. Die Hälfte aller befragten Personen leistete zwar Dienst, hat jedoch keine Offiziersschule absolviert, knapp ein Zehntel hat keinerlei Militärerfahrung. Generalstabsstellen sind wenig überraschend im erweiterten klassischen Sicherheitsbereich breit vertreten, doch können Stellen dort nunmehr auch gänzlich ohne Militärgrad, dafür mit hochspezialisierten und international abgestützten zivilen Bildungsabschlüssen erreicht werden.

Damit scheint das Sicherheitsfeld heute tatsächlich vermehrt spezialisierte Kompetenzen zu vereinen. Die Hälfte der Sicherheitsmitarbeitenden verfügt über einen obligatorischen Schulabschluss oder eine Berufs- oder höhere Fachprüfung als höchstes zertifiziertes Ausbil-

dungsniveau. Ein Siebtel besuchte nichtuniversitäre Schulen auf Tertiärstufe (höhere Fachschulen und Fachhochschulen), ein Drittel Universitäten (jeder zehnte Befragte verfügt über ein Doktorat). Abschlüsse im Sicherheitswesen dominieren heute weiterhin, doch sind sozialwissenschaftliche und technische Hintergründe nun zumindest aufsum-

**Das mit Abstand am intensivsten genutzte und heterogenste internationale Netzwerk ist jedoch das der inneren Sicherheit.**

miert gleichwertig (danach stellt das Rechtswesen den nächstwichtigen Ausbildungsbereich dar). Erfahrungen in der Privatwirtschaft sind besonders bei den Korps wichtig, wo eng definierte Rekrutierungs- oder Schulungs-

prozesse bestehen und eine Berufslehre Voraussetzung ist. Internationale Einsätze und Abschlüsse – seit den 1990er-Jahren dank multilateralen Missionen, der Schweizer UNO-Mitgliedschaft sowie neuen internationalen Bildungsprogrammen öfters möglich – sind heute in verschiedenen Arbeitsbereichen weit verbreitet.

Über die Staatsebenen hinweg zeigen sich die beruflichen Laufbahnen der Sicherheitspraktiker als recht stabil. Berufe im VBS, dem im Sicherheitsbereich ressourcenstarken und traditionell führenden Ministerium, sind nach wie vor attraktiv. Sie ziehen viele Übertritte von anderswo an und werden eher selten wieder aufgegeben. Dennoch stehen heute auch in anderen Bereichen interessante Karrierewege offen, so etwa in der kantonalen Polizei, Diplomatie, internationalen Polizeikooperation sowie im Migrations- und Grenzwesen. Diese benötigen nicht zwingend (substantielle) militärische Erfahrung (diese ist selbst im VBS nicht immer zwingend), was den Wandel des Sicherheitsbereichs weg von rein militärischen Positionen und Logiken unterstreicht. Die berufliche Mobilität zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen ist heute jedoch unterschiedlich ausgeprägt. So sind die Rekrutierungspools mancherorts zwar divers, doch die horizontale Mobilität zwischen den einzelnen Bereichen scheint beschränkt. Auf Stufe Bund etwa werden Praktiker aus dem Militärbereich kaum je bei zivilen Ämtern oder Staatssekretariaten tätig. Auch zeigt sich das Grenzwesen als regelrecht geschlossenes System und Berufsfeld. Gleichzeitig ist die vertikale Mobilität zwischen Bund und Kantonen limitiert. Faktisch beschränkt sie sich auf wenige Wechsel von kantonalen Korps und Behörden hin zu

FEDPOL oder BABS sowie auf seltene Wechsel weg vom GWK und hin zu kantonalen Polizeikorps.

## SCHLUSSWORT

Die empirische Momentaufnahme der Schweizer Sicherheitsarbeit zeigt, welche Gefahren heute von wem wie viel Aufmerksamkeit erhalten und welche Akteure im beruflichen Alltag mit wem wie intensiv kooperieren. Weiter legt sie dar, wie sich staatspolitische Schnittstellen heute ausnehmen und berufliche Profile und Werdegänge im Sicherheitsbereich ausgerichtet sind. Die Untersuchung skizziert ein umfassendes Bild des vielfältigen Wandels des gesamtschweizerischen Sicherheitsbereichs seit dem Ende des Kalten Krieges. Deutlich zutage tritt *erstens*, dass sich der Bedrohungsfokus der praktischen Sicherheitsarbeit stark verschoben hat. Im Zentrum steht nicht mehr die reaktive Abschreckung und Abwehr konkreter, von Staaten ausgehender militärischer Bedrohungen, sondern das proaktive Risikomanagement von grenzüberschreitenden Bedrohungen und Gefahren. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen einer globalisierten Mobilität – migrationsbedingte Probleme, Terrorismus, Naturkatastrophen – stehen im Fokus des Gesamtsystems. Damit hat sich auch die Aufgabe der Armee gewandelt und in Richtung Schutz sozio-technischer Systeme (kritische Infrastrukturen) entwickelt.

Die Erweiterung des bearbeiteten Bedrohungsspektrums ging *zweitens* mit einer Ausdifferenzierung der nationalen Kooperationsmuster einher. Das VBS hat sich zu einem erweiterten Sicherheitsdepartement gewandelt, das neben der Armee weitere zentrale sicherheitspolitische Akteure und berufliche Profile (in Generalsekretariat, NDB, BABS und Armasuisse) und departementsinterne Kooperationen umfasst. Gleichzeitig ist die Sicherheitsarbeit auf Stufe Bund nicht mehr primär auf das Militärdepartement beschränkt wie noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Die Analyse der nationalen Sicherheitskooperation zeigt heute vier eidgenössische Departemente – VBS, EDA, EJPD, EFD –, die alle in vergleichbarer Intensität mit den jeweils anderen drei Departementen des Bundes und der Kantonsebene zusammen arbeiten. Besonders markante Verschiebungen der Kooperationsmuster lassen sich darüber hinaus im Bereich der inneren Sicherheit feststellen. Innerhalb einer Gruppierung

um EJPD/EFD/Polizei übernehmen Bundesakteure wie das FEDPOL oder das SEM zentrale Aufgaben in den Bereichen Politikformulierung und Koordination, während kantonale Akteure gleichzeitig operationelle Beiträge zur Prävention und Bewältigung grenzüberschreitender Gefahren leisten, die das Gesamtsystem Schweiz betreffen.

Augenfällig ist *drittens* die im Vergleich zum Kalten Krieg sehr viel stärkere Vernetzung der nationalen mit der internationalen Sicherheitslandschaft. Wenn auch weniger oft und intensiv als auf nationaler Ebene, so kooperieren doch zahlreiche nationale, kantonale und lokale Behörden mit Partnern auf der internationalen Ebene. Dabei unterscheidet sich der Bezugsrahmen für die Bereiche Verteidigung, Aussensicherheitspolitik und innere Sicherheit. Sind die militärpolitischen Netzwerke primär bilateraler Natur, so kümmert sich das EDA neben dem bilateralen Austausch vermehrt um multilaterale Netzwerke. Das mit Abstand am intensivsten genutzte und heterogenste internationale Netzwerk ist jedoch das der inneren Sicherheit. Bundesbehörden arbeiten heute mit internationalen und kantonalen Dienststellen zusammen in einem Kompetenzbereich, der eigentlich die Kantone und lokalen Behörden betrifft. Umgekehrt arbeiten kantonale Dienststellen stark mit Bundesbehörden oder Ämtern von Nachbarstaaten zusammen und haben somit wesentlichen Einfluss auf Politikbereiche, die nicht kantonal gesteuert sind.

Somit unterstreicht die vorgelegte empirische Momentaufnahme der praktischen Sicherheitsarbeit die zunehmende Komplexität des Arbeitsfeldes. Sie macht die Entwicklung und den heutigen Stand des Sicherheitsfeldes fassbar und weist in differenzierter Art und Weise aus, welche Schnittstellen wie konfiguriert sind. Letzterer Beitrag ist auch für die Politikdiskussion relevant, legt er doch schwierige Fragen nah: Stehen die ausgewiesenen Arbeitsleistungen in einem sinnvollen Verhältnis zu aktuellen und künftigen Herausforderungen? Decken sich Praxis und Theorie, also die tatsächlich geleistete Sicherheitsarbeit mit den institutionellen Mandaten? Welche Akteure sollten besser in den landesweiten Sicherheitsverbund integriert werden? Wie kann die in der Praxis auf ungemein viele Dienststellen verteilte äussere Dimension der Sicherheitsarbeit effektiv koordiniert werden? Entsprechen die vorhandenen Berufsprofile den tatsächlich notwendigen Fachkompetenzen? Sollen professionelle Werdegänge strategischer angeleitet und unter ausgewählten Akteuren besser vernetzt werden?

Zu diesen anspruchsvollen Fragen kann dieser Beitrag keine abschliessenden Antworten liefern. Er stellt jedoch politischen Entscheidungsträgern vielfältiges Informationsmaterial zur Verfügung. Dieses Material ist systematisch erfasst und aufbereitet, erhebt aber keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Im landesweiten sicherheitspolitischen Arbeitsfeld mit Tausenden von Mitarbeitenden stellt eine Stichprobe von knapp 600 Befragten ein plausibles, doch kein perfektes Abbild der Realität dar. Zudem sollte für ausdifferenziertere Analysen zwingend qualitatives Datenmaterial beigezogen werden, um die hier ausgewerteten numerischen Werte besser interpretieren zu können. Auch würde der vorgestellte Untersuchungsansatz beispielsweise als Longitudinalstudie<sup>32</sup> oder im internationalen Quervergleich vollere Wirkung entfalten – stünden so doch Datensätze zu Verfügung, die auch miteinander (über die Zeit und Landesgrenzen hinweg) und nicht nur untereinander (zu einem einzigen Zeitpunkt in einem Land) verglichen werden könnten.<sup>33</sup> Die quantitative Auswertung der Sicherheitsarbeit und wissenschaftliche Kartierung nationaler Sicherheitssysteme stehen erst in ihren Anfängen.

32 Analog der Studienreihe *Sicherheit*, vgl. Szvircev Tresch, *Sicherheit 2016*.

33 Somit müssten also nicht länger qualitative historische Daten als Vergleichswerte beigezogen und (wie in diesem Beitrag und Forschungsprojekt) ein «Mixed-method»-Forschungsansatz, eine Paarung von quantitativen und qualitativen Daten, verwendet werden.

## ANHANG

Tabelle 1: Wer arbeitet wozu? Sicherheitsarbeit ausgerichtet an Bedrohungen

	VBSGS	VBSVTG	BABS	ARMA	NDB	FEDPOL	SEM	EDA	DEZA	EZV	GWK	ANDBUND	CCPD	OSTPOL	PKNW	ZPK	CCPCRB	STAPOEMPO	KANTZIV	Anzahl Akteure mit Wert > 1.0	
naturkat	1.5	1.7	3.1	.6	–	0.2	0.1	0.5	1.5	0.2	0.2	1.3	0.3	0.6	0.6	0.6	0.4	1.0	2.7	7	
militangr	1.4	2.4	1.2	2.6	0.5	–	0.1	1.2	0.4	–	0.2	–	–	–	–	–	–	0.1	0.1	0.6	5
verbotnd	0.3	0.3	0.2	0.3	1.8	0.1	–	0.5	–	0.2	0.3	–	0.5	0.1	–	0.1	0.2	0.1	0.1	0.4	1
terror	1.4	1.4	1.1	0.5	1.6	1.0	0.5	1.4	0.8	0.5	1.2	0.3	0.8	0.9	1.0	0.7	0.5	1.0	0.4	0.4	7
gewextr	0.2	0.5	0.3	0.1	1.5	0.6	0.4	1.3	0.8	0.2	0.7	–	0.5	0.7	0.7	0.8	0.4	1.0	0.2	2	
religradik	0.1	0.3	0.1	0.1	0.7	0.5	0.4	1.5	0.6	0.1	0.5	0.1	0.7	0.4	0.3	0.3	0.5	0.9	0.1	1	
hoolig	0.3	0.1	0.1	–	–	0.2	–	–	0.3	–	0.7	–	0.5	0.7	0.9	1.1	0.7	1.1	–	2	
droghand	0.1	0.1	–	–	–	0.8	0.1	0.1	0.5	0.8	2.8	–	2.3	1.3	1.6	1.7	1.3	1.3	–	7	
menschhand	0.1	0.1	–	–	–	0.8	1.3	0.3	1.1	0.3	2.2	–	0.8	0.5	0.7	0.9	0.5	0.5	–	3	
waffhand	0.2	0.3	–	0.2	–	0.5	–	0.5	0.3	0.8	1.8	–	1.1	0.4	0.2	0.3	0.4	0.2	0.1	2	
korrupt	0.2	0.2	0.1	0.2	–	0.5	0.1	0.6	1.6	0.4	0.2	–	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.1	–	1	
erpress	0.1	0.1	0.1	–	0.4	0.8	–	0.1	0.1	0.1	0.1	–	1.4	0.5	0.6	0.7	0.4	0.3	–	1	
geldwäsch	0.1	0.1	–	–	–	0.8	0.1	0.2	0.3	0.9	1.3	–	1.4	0.3	0.1	0.4	0.2	0.2	–	2	
cyberkrim	1.5	0.8	0.9	0.5	1.0	0.8	–	0.4	–	0.4	0.1	0.6	0.8	0.5	0.6	0.8	0.5	0.4	0.3	2	
leibleb	0.4	0.5	0.1	–	–	1.1	0.2	0.9	0.3	0.1	1.3	–	2.0	2.0	2.3	2.2	1.3	1.9	–	8	
kleinkrim	0.1	0.2	–	–	–	0.3	0.1	0.1	0.3	0.2	2.2	–	2.4	2.1	2.4	2.1	1.8	2.0	–	7	
verkehrsdel	0.1	0.2	–	–	–	0.2	–	–	0.3	0.7	1.3	–	2.2	2.0	1.7	1.9	1.4	1.9	–	7	
prolifwmd	0.7	0.5	0.9	–	1.0	–	–	0.7	–	0.4	0.2	0.7	0.1	0.1	–	0.1	0.1	–	0.1	1	
migraprob	0.8	0.6	0.2	0.1	0.3	0.5	3.9	1.1	1.5	0.3	3.3	–	1.1	1.1	1.8	1.7	1.1	1.3	1.3	11	
kritinfra	1.5	1.7	1.2	1.1	1.3	0.6	–	0.3	–	0.2	–	0.5	0.1	0.3	0.3	0.1	0.3	0.3	1.3	6	
pandem	0.6	0.8	1.3	0.1	–	0.1	0.3	0.2	0.3	0.3	0.5	0.4	–	0.2	0.2	0.1	0.2	0.5	1.5	2	
klimawand	0.5	0.1	0.9	–	–	–	0.1	0.2	2.3	0.2	–	–	–	–	0.1	0.1	0.1	0.1	1.2	2	
failstatbadgov	0.9	0.2	0.1	0.1	0.8	0.1	0.3	1.4	2.3	0.2	–	–	–	–	–	–	–	–	0.1	2	
Anzahl Bedrohungen mit Wert > 1	5	4	5	2	6	2	2	6	6	0	9	1	8	5	5	6	5	7	5		
N	13	66	17	36	10	33	16	13	8	25	56	14	10	68	23	29	94	43	20		

Beruhend auf N=594 individuellen Antworten. Institutionelle Werte (hervorgehoben wenn Wert > 1.0 / – für den Wert 0) sind Mittelwerte von individuellen Angaben. Für jede Bedrohung gaben die Befragten auf einer Skala von 0–5 an, wie viel Arbeitszeit sie auf diese aufwenden (0 = nicht relevant, 1 = vernachlässigbar wenig Zeit, 5 = ganze Arbeitszeit). Nicht-fette Werte von 1.0 sind aufgerundete Zahlen. Da sie mathematisch den Schwellenwert nicht erreichen, werden sie weder zu den Linien- und Spaltensummen gezählt noch in Grafik 1 visualisiert.

Tabelle 2: Wer kooperiert mit wem? Kooperation zwischen Schweizer Akteuren

	VBSGS	VBSVTG	BABS	ARMA	NDB	FEDPOL	SEM	EDA	DEZA	EZV	GWK	ANDBUND	CCPD	OSTPOL	PKNW	ZPK	CCPCRB	STAPOGEMP	KANTIV	Anzahl Akteure mit Wert => 1.0	
VBSGS	-	<b>1.9</b>	<b>2.2</b>	<b>1.2</b>	0.4	-	<b>2.1</b>	0.4	0.2	0.2	0.2	-	-	-	-	-	-	-	-	0.7	5
SVS	<b>1.7</b>	<b>1.7</b>	<b>1.8</b>	0.6	<b>1.1</b>	0.4	-	0.2	-	0.2	0.6	0.5	-	0.4	0.1	0.3	0.4	-	<b>2.2</b>	-	5
VBSVTG	<b>3.2</b>	-	<b>3.3</b>	<b>4.6</b>	<b>1.9</b>	0.5	-	<b>1.8</b>	0.6	0.2	0.6	0.2	-	0.4	0.1	0.4	0.3	0.1	<b>2.5</b>	-	6
BABS	<b>2.5</b>	<b>1.7</b>	-	<b>1.2</b>	<b>1.1</b>	0.2	-	0.9	0.3	0.1	0.3	<b>1.5</b>	-	0.3	0.1	0.5	0.1	0.1	<b>3.2</b>	-	6
NDB	<b>2.2</b>	<b>1.6</b>	<b>2.2</b>	<b>1.3</b>	-	<b>1.7</b>	0.9	<b>2.6</b>	0.9	0.5	0.9	0.4	0.2	0.4	0.3	0.7	0.3	0.2	-	-	6
FEDPOL	<b>2.5</b>	0.7	<b>1.6</b>	0.4	<b>3.8</b>	-	<b>2.6</b>	<b>1.6</b>	0.3	<b>1.6</b>	<b>2.8</b>	0.2	<b>2.9</b>	<b>1.4</b>	<b>1.1</b>	<b>1.9</b>	<b>1.1</b>	0.8	-	-	12
BJ	<b>1.5</b>	0.3	0.7	0.2	0.7	<b>1.9</b>	2.0	<b>1.7</b>	0.5	<b>1.2</b>	0.9	0.1	0.5	0.4	0.2	0.8	0.4	-	0.1	-	5
SEM	0.2	0.4	0.2	0.1	<b>2.3</b>	<b>2.0</b>	-	<b>2.6</b>	<b>1.1</b>	0.4	<b>3.3</b>	-	<b>1.1</b>	0.4	0.2	0.6	0.6	0.1	-	-	6
EDA	<b>1.3</b>	0.6	0.5	0.3	<b>1.9</b>	1.0	<b>1.5</b>	-	<b>1.9</b>	0.2	0.6	0.6	0.1	-	-	-	0.2	-	-	-	4
DEZA	0.9	<b>1.1</b>	<b>1.2</b>	0.1	<b>1.1</b>	0.3	<b>1.1</b>	<b>1.8</b>	-	-	0.1	0.4	-	-	-	-	0.1	-	0.1	-	5
EZV	-	0.1	-	-	0.3	0.3	-	0.2	-	-	<b>2.8</b>	-	0.5	0.2	-	0.1	0.1	-	-	-	1
GWK	0.7	0.6	0.8	0.3	0.7	<b>2.0</b>	0.9	0.4	-	<b>2.8</b>	-	-	<b>1.0</b>	0.4	0.1	0.1	0.2	-	0.1	-	3
ANDBUND	0.3	0.1	1.0	0.1	0.4	0.1	0.1	0.4	0.6	0.6	0.2	0.5	-	0.1	0.1	0.1	0.1	-	0.1	-	0
ENSI	0.2	0.1	<b>1.8</b>	-	0.6	-	-	0.1	-	0.1	0.1	0.8	-	-	0.2	-	-	-	-	-	1
FINMA	-	-	0.1	-	0.3	0.2	-	-	-	0.2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0.1	0
PARLKOM	<b>1.6</b>	<b>1.1</b>	0.5	0.5	0.2	0.3	0.5	<b>1.0</b>	<b>1.3</b>	0.8	0.4	0.2	-	0.1	-	-	0.1	-	0.1	-	4
CCPD	-	0.1	0.1	-	0.1	<b>1.4</b>	0.4	0.2	-	<b>1.8</b>	<b>2.8</b>	-	-	<b>1.3</b>	0.9	<b>1.3</b>	<b>2.1</b>	0.5	0.1	-	6
KAPO	<b>1.8</b>	<b>1.5</b>	<b>2.1</b>	0.2	<b>4.0</b>	<b>3.5</b>	<b>2.2</b>	0.2	0.1	<b>1.8</b>	<b>4.0</b>	0.6	<b>4.7</b>	-	-	-	-	<b>3.8</b>	<b>3.4</b>	-	11
STAPOGEMPO	-	0.2	0.1	-	-	0.5	0.8	-	-	0.8	<b>1.4</b>	0.1	0.2	<b>1.8</b>	<b>2.0</b>	0.2	<b>2.3</b>	-	0.6	-	4
ZIVFEUERW	0.7	0.7	<b>2.6</b>	0.3	0.1	0.1	-	-	0.1	0.1	0.2	0.1	-	<b>1.8</b>	<b>1.5</b>	<b>1.5</b>	<b>1.2</b>	<b>1.9</b>	<b>1.5</b>	-	7
ANDKANT	0.3	0.1	0.1	0.1	0.1	0.5	<b>1.5</b>	0.1	-	0.9	<b>1.7</b>	0.1	<b>1.1</b>	<b>1.9</b>	<b>2.1</b>	<b>2.2</b>	<b>1.7</b>	<b>1.5</b>	<b>1.3</b>	-	9
PRIVATE	<b>1.0</b>	0.6	<b>2.4</b>	<b>1.1</b>	<b>1.9</b>	0.9	<b>1.1</b>	<b>1.4</b>	<b>1.5</b>	<b>1.2</b>	0.4	0.7	-	<b>1.1</b>	1.0	<b>1.3</b>	<b>1.5</b>	<b>1.6</b>	<b>1.7</b>	-	13
Anzahl Kooperationen mit Wert => 1	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>10</b>	<b>5</b>	<b>10</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>9</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>7</b>	-	
N	13	66	17	36	10	33	16	13	8	25	56	14	10	68	23	29	94	43	20	-	

Beruhend auf N=594 individuellen Antworten. Die Kolonnen weisen kooperierende Sicherheitsorganisationen aus, die Linien ihre Schweizer Partnerorganisationen. Institutionelle Werte (hervorgehoben wenn Wert >1.0 / - für den Wert 0) sind Mittelwerte von individuellen Angaben. Für jede Kooperation gaben die Befragten auf einer Skala von 0-5 an, wie intensiv sie mit wem zusammenarbeiten (0 = keine Kooperation, 1 = schwache Kooperation, 5 = starke Kooperation). Nicht-fette Werte von 1.0 sind aufgerundete Zahlen. Da sie mathematisch den Schwellenwert nicht erreichen, werden sie weder zu den Linien- und Spaltensummen gezählt noch in Grafik 2 visualisiert.

Tabelle 3: Wer kooperiert mit wem? Die grenzüberschreitende Sicherheitskooperation

	VBSGS	VBSVTG	BABS	ARMA	NDB	FEDPOL	SEM	EDA	DEZA	EZY	GWK	ANDBUND	CCPD	OSTPOL	PKNW	ZPK	CCPCRBT	STAOGEMPO	KANTZIV	Anzahl Akteure mit Wert =>10
POLNASTA	0.2	-	0.2	-	0.3	<b>2.6</b>	0.3	-	0.1	0.6	<b>3.2</b>	-	<b>4.8</b>	<b>2.3</b>	<b>1.0</b>	<b>1.2</b>	<b>2.1</b>	<b>1.1</b>	<b>0.1</b>	<b>8</b>
POLANDEU	-	0.1	-	-	0.2	<b>2.4</b>	0.3	-	-	-	<b>1.0</b>	-	0.6	0.6	0.5	<b>1.1</b>	0.7	0.4	-	<b>3</b>
POLNONEU	-	-	-	-	-	<b>1.6</b>	0.1	0.1	0.5	-	0.4	-	-	0.1	0.2	0.6	0.3	0.3	-	<b>1</b>
INTERPOL	-	-	-	-	0.2	<b>1.8</b>	0.3	-	-	0.3	0.4	-	0.5	0.7	0.6	<b>1.3</b>	0.6	0.4	-	<b>2</b>
EUSICHAG	-	-	-	-	0.2	<b>1.5</b>	<b>1.1</b>	0.2	-	<b>1.2</b>	<b>1.7</b>	-	0.5	0.2	0.2	0.6	0.4	0.2	-	<b>4</b>
SPEZBOT	0.8	0.3	0.4	0.3	0.8	<b>1.1</b>	<b>1.2</b>	<b>1.2</b>	0.6	0.2	0.5	-	0.4	-	-	-	0.4	0.1	-	<b>3</b>
EVA	0.2	0.2	0.1	<b>1.0</b>	-	0.1	-	0.1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	<b>1</b>
ZOLLGWK	-	0.2	-	-	0.1	0.9	0.9	0.1	-	<b>3.2</b>	<b>3.2</b>	-	<b>3.4</b>	<b>1.6</b>	<b>1.9</b>	<b>0.8</b>	<b>1.8</b>	0.6	0.1	<b>6</b>
ND	0.2	0.3	-	0.1	<b>4.8</b>	0.3	0.1	-	0.6	-	0.4	-	0.2	0.2	0.1	-	0.3	0.1	-	<b>1</b>
ZIV	-	0.1	<b>1.7</b>	0.1	-	-	-	-	0.6	-	-	-	-	0.2	0.1	-	0.1	0.1	0.9	<b>1</b>
UNOAG	0.3	0.3	<b>1.2</b>	-	0.2	0.4	0.6	<b>1.3</b>	<b>2.1</b>	0.1	-	<b>2.1</b>	-	-	-	-	0.2	-	-	<b>4</b>
ARMEENNACH	<b>1.0</b>	<b>2.0</b>	-	<b>1.1</b>	-	0.1	-	0.2	0.3	-	-	-	-	-	-	-	0.1	-	0.1	<b>3</b>
ARMEENAND	<b>1.1</b>	<b>1.6</b>	-	<b>1.1</b>	-	0.1	-	0.2	-	-	0.1	-	-	-	-	-	-	-	-	<b>3</b>
NATO	<b>1.1</b>	<b>1.2</b>	0.4	0.9	0.5	0.1	-	<b>1.1</b>	-	-	-	-	0.1	-	-	-	-	-	-	<b>3</b>
PFP	<b>1.4</b>	<b>1.7</b>	0.6	0.9	0.4	-	-	<b>1.4</b>	0.6	-	0.1	0.2	-	-	-	-	-	-	-	<b>3</b>
EAPR	<b>1.0</b>	0.2	-	0.2	-	-	-	0.7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	<b>1</b>
OSZE	0.8	0.6	0.2	0.2	0.3	0.6	-	<b>1.8</b>	0.6	0.3	0.2	-	-	-	-	-	-	-	-	<b>1</b>
ERAT	-	-	-	0.1	-	0.7	0.1	0.5	0.5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	<b>0</b>
Anzahl Kooperationen mit Wert => 1	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>6</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	
N	13	66	17	36	10	33	16	13	8	25	56	14	10	68	23	29	94	43	20	

Beruhend auf N=594 individuellen Antworten. Die Kolonnen weisen kooperierende Sicherheitsorganisationen aus, die Linien ihre ausländischen Partnerorganisationen. Institutionelle Werte (hervorgehoben wenn Wert > 1.0 / - für den Wert 0) sind Mittelwerte von individuellen Angaben. Für jede Kooperation gaben die Befragten auf einer Skala von 0-5 an, wie intensiv sie mit wem zusammenarbeiten (0 = keine Kooperation, 1 = schwache Kooperation, 5 = starke Kooperation).

Tabelle 4: Geschlechterverteilung nach idealtypischer Berufsgruppe

	Männer	Frauen
Polizeiarbeit	95.6%	4.4%
Erweiterter klassischer Sicherheitsbereich	94.4%	5.6%
Diplomatie	65%	35%
«Schengen/Dublin»	87.5%	12.5%
Grenzwesen	90.1%	9.9%

Beruhend auf N=556 individuellen Antworten.

Tabelle 5: Militärerfahrung nach idealtypischer Berufsgruppe

	Keine	Soldat/ Unteroffizier	Subaltern- offizier	Höhere Offiziersgrade	Generalstabs- offizier
Polizeiarbeit	3.9%	63.0%	13.8%	14.2%	5.1%
Erweiterter klassischer Sicherheitsbereich	9.4%	20.9%	5.0%	29.5%	35.3%
Diplomatie	30%	50%	–	10%	10%
«Schengen/Dublin»	14.6%	56.3%	10.4%	8.3%	10.4%
Grenzwesen	8.9%	62.0%	10.1%	11.4%	7.6%

Beruhend auf N=554 individuellen Antworten.

Tabelle 6: Höchster Bildungsabschluss nach idealtypischer Berufsgruppe

	Obligatorische Schuljahre, Lehre, Maturität	Berufs- und Höhere Fachprüfungen (BP/HFP)	Nichtuniversitäre Schulen auf Tertiärstufe (HF/FH)	Universität, ETH	Doktorat
Polizeiarbeit	49%	23.3%	11.1%	13.8%	2.8%
Erweiterter klassischer Sicherheitsbereich	9.9%	5.7%	20.6%	41.8%	22%
Diplomatie	4.8%	–	–	61.9%	33.3%
«Schengen/Dublin»	14.3%	12.2%	16.3%	53.1%	4.1%
Grenzwesen	22.5%	51.3%	11.3%	13.8%	1.3%

Beruhend auf N=558 individuellen Antworten.

Tabelle 7: Ausbildungshintergrund nach idealtypischer Berufsgruppe

	<i>Keiner, anderer</i>	<i>Sozial-, Geisteswissenschaften</i>	<i>Sicherheit</i>	<i>Technik, Bau</i>	<i>Naturwissenschaft, Informatik</i>	<i>Wirtschaftswissenschaften</i>	<i>Rechtswesen</i>
<b>Polizeiarbeit</b>	14.2%	7.1%	43.8%	13.3%	4.6%	7.1%	10%
<b>Erweiterter klassischer Sicherheitsbereich</b>	5.8%	29%	9.4%	25.4%	15.2%	8%	7.2%
<b>Diplomatie</b>	9.5%	47.6%	–	–	9.5%	9.5%	23.8%
<b>«Schengen/Dublin»</b>	6.1%	26.5%	18.4%	8.2%	4.1%	10.2%	26.5%
<b>Grenzwesen</b>	15.4%	9%	51.3%	7.7%	–	10.3%	6.4%

Beruhend auf N=540 individuellen Antworten.

## ABKÜRZUNGEN

### Nationale Behörden/Abteilungen

VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VBSGS	Generalsekretariat VBS Bereich Sicherheitspolitik (SIPOL)
SVS	Sicherheitsverbund Schweiz
VBSVTG	Schweizer Armee (Verteidigung)
BABS	Bundesamt für Bevölkerungsschutz
NDB	Nachrichtendienst des Bundes
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
FEDPOL	Bundesamt für Polizei
BJ	Bundesamt für Justiz
SEM	Staatssekretariat für Migration
EDA	Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten
EDASEK	EDA Staatssekretariat
EDADEA	EDA Direktion für europäische Angelegenheiten
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EZV	Ziviler Zoll
GWK	Grenzwache
ANDBUND	Andere Bundesbehörden
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BFE	Bundesamt für Energie
ENSI	Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat
BAKOM	Bundesamt für Kommunikation
BAZL	Bundesamt für Zivilluftfahrt
SIK	Bundesversammlung - Sicherheitspolitische Kommissionen
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
BWL	Bundesamt für Wirtschaftliche Landesversorgung
PARLKOM	Parlamentskommissionen
CCPD	Zentrum für Polizei- und Zollzusammenarbeit
KAPO	Kantonspolizeien
STAPOGEMPO	Stadt-/Gemeindepolizeien
ZIVFEUERW	Kantonale und lokale Zivilschutzbehörden und Feuerwehren
ZIV	Kantonale und lokale Zivilschutzbehörden
FEUERW	Feuerwehren
ANDKANT	Andere Kantonsbehörden
KANTJUST	Kantonale Justizbehörden
KANTMIGR	Kantonale Migrationsbehörden
KANTGES	Kantonale Gesundheitsämter
PRIVSICH	Private Sicherheitsunternehmen

**Internationale Institutionen/Organisationen**

EAPR	Euro-atlantischer Partnerschaftsrat
ERAT	Europarat
EUSICHAG	Europäische Sicherheitsagenturen (z.B.: Europol, Frontex, Olaf)
INTERPOL	Interpol
NATO	Nordatlantikpakt
ND	Nachrichtendienste (zivile oder militärische)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PFP	Partnerschaft für den Frieden
POLANDEU	Nationale Polizeidienststellen anderer europäischer Länder
POLNASTA	Nationale Polizeidienststellen von Nachbarstaaten
POLNONEU	Polizeien von nicht-europäischen Staaten
SPEZBOT	Spezialisten/innen ausländischer Botschaften in der Schweiz
UNOAG	Spezialisierte UNO-Agenturen
ZIV	Zivilschutz
ZOLLGWK	Dienststellen des Zolls und der Grenzwa

**Bedrohungen**

cyberkrim	Cyber-Kriminalität
droghand	Drogenhandel
erpress	Erpressung
failstatbadgov	Failed states und bad governance
geldwäsch	Geldwäscherei
gewextr	Gewalttätiger Extremismus (darunter politischer Radikalismus)
hoolig	Hooliganismus
kleinkrim	Kleinkriminalität
klimawand	Klimawandel
korrup	Korruption
kritinfra	Angriffe gegen kritische Infrastrukturen (inkl. Cyber-Angriffe)
leibleb	Straftaten gegen Leib und Leben
menschhand	Menschenhandel
migraprob	Migrationsbedingte Probleme
militangr	Militärische Angriffe
naturkat	Natur- und Zivilisationsbedingte Katastrophen (Industrieunfälle)
pandem	Pandemien
prolifwmd	Proliferation von Massenvernichtungswaffen
religradik	Religiöser Radikalismus
terror	Terrorismus
verbotnd	Verbotener Nachrichtendienst
verkehrsdel	Verkehrsdelikte
waffhand	Waffenhandel